

Internetsperren im Wahlkampf wiederentdeckt

Jenaer Autor hält Vortrag zur Debatte

Von Oliver Will

Jena. Nachdem es um das Thema Internetsperren ruhig geworden war, taucht es im Bundestagswahlkampf nun verstärkt wieder auf.

„Mit einer erregten Debatte darum lässt sich gut Stimmung machen“, meint Jens Kubicziel. Den Betroffenen sei damit nicht geholfen, so der Jenaer Autor und Mathematik-Student. Er hatte im Juni den Thüringer Ministerpräsidenten Dieter Althaus (CDU) aufgefordert, das „Zugangsschwerungsgesetz“ im Bundesrat abzulehnen, aber nie eine Antwort erhalten. Obwohl mehr als 134 000 Bürger eine Online-Petition gegen die Internetsperren unterzeichneten – ein Rekordwert, wurde das Gesetz von Bundestag- und -rat durchgewunken.

„Es ist nicht verfassungskonform“, meint Kubicziel. Da es sich um Präventivgesetzgebung handle, falle es unter die Kompetenz der Länder. Zudem seien Internetsperren mit



Jens Kubicziel

hohem bürokratischen Aufwand verbunden und ineffizient. So existierten im Internet bereits Anleitungen zu deren Umgehung, die in 30 Sekunden möglich sei. „Daher wundert es mich, dass die Bundesregierung an den Internetsperren festhält“, sagt der 35-Jährige.

Dem einfachsten Weg – die entsprechenden Seiten zu sperren und die Betreiber strafrechtlich zu verfolgen – verweigere sich Berlin weiter. Offiziell heiße es, dass BKA könne nicht als Weltpolizei fungieren. Dabei ziehe der Verweis, dass die Server meist im Ausland stehen, nicht. Denn oft befänden sie sich in den USA oder der EU, also in Ländern in denen Kinderpornografie geächtet ist und mit deren Behörden die deutschen zusammenarbeiten. Dem Arbeitskreis gegen Internetsperren und Zensur sei es bereits gelungen, mit konkreten Hinweisen an die Provider Kinderpornografische Inhalte in kürzester Zeit aus dem Netz zu verbannen, berichtet Kubicziel.

In seinem Vortrag „Eine Zensur findet statt!“, am 10. September, 19 Uhr im Kassablanca in Jena, will er die Lage analysieren. >> www.kubicziel.de/blog

EU will mehr Sicherheit auf der Schiene

Von Knut Pries

Brüssel. Als Konsequenz aus dem Zugangslück von Viareggio im Frühsommer will die EU-Kommission die Sicherheitsmaßnahmen im Eisenbahnbetrieb überprüfen und verbessern.

In Viareggio in der Toskana waren der Nacht zum 30. Juni 24 Menschen umgekommen. Ein mit Flüssiggas beladener Güterwaggon war wegen eines Achsenschadens im Bahnhof entgleist und explodierte.

Als Risikofaktor gilt vor allem der Mischbetrieb aus Güter- und Personenverkehr auf ein- und derselben Eisenbahn-Infrastruktur. Zur Unfall-Vorbeugung will EU-Verkehrskommissar Antonio Tajani nun eine systematische Kontrolle der Wagenabstände einführen und die Europäische Eisenbahngesellschaft (ERA) mit zusätzlichen Befugnissen ausstatten. Man müsse ihr „beispielsweise ermöglichen, sich an nationalen Unfalluntersuchungen zu beteiligen“, sagte der EU-Kommissar.



Der Turm des Deutschen Doms spiegelt sich in Berlin im Firmenschild der KfW-Bankengruppe. Insbesondere für Energiesparmaßnahmen gibt es eine Reihe von zinsgünstigen Angeboten der staatlichen Kreditanstalt. (Foto: ddp)

Neue Wärmetechnik sinnvoll

OTZ-Telefonforum zum Thema Energiesparen



Karl-Heinz Mentzel, Dr. Sabine Thiery, Holger Pfahl

Zahlreiche Leserfragen zum Thema Energiesparen mit neuer Wärmetechnik beantworteten gestern unsere Experten Dr. Sabine Thiery vom Verband der Privaten Bausparkassen, Holger Pfahl, Vertriebsingenieur Regenerative Energien, Vaillant, und Karl-Heinz Mentzel, Energieberater bei der Verbraucherzentrale Thüringen. Hier eine Übersicht der häufigsten Themen:

Wir möchten unseren Gasanbieter wechseln. Was sollten wir dabei beachten und wie gehen wir am besten vor?

Wichtig ist, dass Ihr neuer Anbieter seriös und vertrauenswürdig erscheint. Im Internet können Sie sich beispielsweise unter www.verivox.de zuverlässig über die verschiedenen Gasanbieter informieren. Tätigen Sie keine Vorauszahlungen. Zudem sollten Sie darauf achten, dass der Wechsel von Ihrem alten zu Ihrem neuen Anbieter nahtlos funktioniert.

Für unseren Zwei-Personen-Haushalt nutzen wir derzeit einen 160 Liter Speicher, der nun defekt ist und ausgetauscht werden muss. Lohnt es sich, einen kleineren Speicher zu wählen und dadurch Geld zu sparen?

Für einen Haushalt mit zwei Personen wäre auch ein kleinerer Speicher mit 110 bis 120 Litern ausreichend. So könnten Sie theoretisch etwas Geld sparen. Ersetzen Sie Ihr altes Modell lediglich durch ein identisches neues, haben Sie jedoch den Vorteil, dass der Speicher einfach ausgetauscht werden kann und sofort optimal passt.

Mein Öfen, Baujahr 1991, war ständig kaputt. Nun habe ich einen neuen Ölbrenner gekauft. Kann ich dafür Zuschüsse beantragen?

Lediglich für den Austausch des Ölbrenners erhalten Sie keine Zuschüsse. Anders sieht es aus, wenn Sie die komplette Öl-Brennwertheizung austauschen. Dann können Sie entweder einen Finanzierungskredit bei der KfW oder einen Förderungszuschuss von fünf Prozent erhalten.

Lohnt sich der Wechsel von einem alten zu einem modernen Brennwertkessel? Was kann ich dabei einsparen?

Der Wechsel lohnt sich in jedem Fall. Bereits ohne Änderungen an der Anlage oder am Haus können so 10 bis 15 Prozent der Kosten eingespart werden. Mit gleichzeitigem Abgleich der Heizung und Einbau einer Hocheffizienzpumpe können Sie noch mehr sparen.

Was kostet eine neue 24 kW-Brennwertanlage?

Für das Gerät, die Regelung sowie das Abwassersystem sollten Sie mit Kosten in Höhe von 3000 bis 3500 Euro rechnen.

Gibt es für eine Modernisierung spezielle Finanzierungsangebote oder staatliche Zuschüsse?

Viele Banken bieten für kleinere Modernisierungen Darlehen zu relativ hohen Zinssätzen. Günstiger sind oft Ange-

bote der Bausparkassen, die speziell auf den individuellen Modernisierungsbedarf zugeschnitten sind und eine schnelle und unkomplizierte Abwicklung bieten. Hier lohnt ein Vergleich. Für die meisten Modernisierungsmaßnahmen – insbesondere für Energiesparmaßnahmen – gibt es eine Reihe von zinsgünstigen Angeboten der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Zuschüsse gibt es beispielsweise im Rahmen der KfW-Programme „Wohnraum Modernisieren“ beziehungsweise „Energieeffizient Sanieren“ für den Austausch des alten Kessels durch einen modernen Niedertemperatur- oder Brennwertkessel oder eine Wärmepumpe. Auch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) stellt unterschiedliche Fördermittel bereit.

Kann ich meinen Bausparvertrag für die Modernisierung meines Hauses verwenden?

Ja. Das Bauspardarlehen ist ausgerichtet auf die wohnwirtschaftliche Verwendung. Das heißt, Sie können das Darlehen, das Sie aus Ihrem Bausparvertrag beanspruchen, für praktisch alles, was mit Bauen,

Kaufen und Modernisieren oder Renovieren zu tun hat, verwenden.

Unsere Heizkostenabrechnung ist zu hoch. Vor einigen Wochen wurden neue Heizkostenverteiler eingesetzt. Seitdem gibt es Korrekturfaktoren und die Nachzahlungen sind extrem gestiegen. Was können wir tun, an wen können wir uns wenden?

Wenden Sie sich schnellstmöglich an den Mieterschutzbund oder die Verbraucherzentrale und lassen Sie diese den Vorgang überprüfen.

Gibt es Fördermittel für den Einsatz von Festbrennstoffkesseln beziehungsweise Scheitholzkessele?

Ja. Allerdings nur dann, wenn diese eine durch eine Lambda-Sonde geregelte Verbrennung haben. Die vollständige Liste aller förderfähigen Kessel können Sie im Internet unter www.bafa.de einsehen.

Wir wohnen in einem Einfamilienhaus, Baujahr 1980/81 mit Hohllochziegeln. Lohnt sich die dicke Dämmung, die laut KfW-Anforderungen vorgegeben ist?

Ja. Durch die Dämmung werden die Verluste der Wände stark gesenkt. Dazu kommt der Speichereffekt der Wand, der Temperaturabfall findet nun vorwiegend in der Außendämmung statt. Dadurch können Sie die Heizung selbst bei tiefen Außentemperaturen in der Nacht ausschalten, anstatt sie noch im Absenkbetrieb laufen zu lassen. Weiterhin lohnt es sich für Sie zu prüfen, ob mit der Außendämmung das Niedrigenergiehaus-Niveau (NEV-Neubau) erreicht wird. Ist dies der Fall, könnte Ihnen neben einer zinsgünstigen Finanzierung ein Tilgungszuschuss gewährt werden.

Leserbriefe

Nur Juniorpartner

Das Landtagswahlergebnis ist mit Sicherheit nicht so ausgefallen, wie es sich die meisten Wähler und auch die Parteien vorgestellt haben. Dennoch fußt es auf demokratischem Recht und vor allem auf einer mathematischen Unumstößlichkeit, an der auch die SPD und ein Mochteger-Gernegroß-Spitzenkandidat wie Herr Matschie nichts ändern wird. Was dieser Mann in den letzten Tagen so von sich gab, wirkte schon ziemlich skurril, um nicht zu sagen peinlich.

Die Stärke der Linken liegt nicht in der CDU begründet, sondern einfach daran, dass die SPD in der Vergangenheit so ein grotesch schlechtes Bild abgegeben hat. Nun will Herr Matschie nach dem Sessel des Ministerpräsidenten greifen. Das ist für Thüringen eine echt peinliche Provinzposse und zeugt von reichlich Überheblichkeit.

Egal, ob es eine schwarz-rote oder rot-rote Koalition wird, immer kann die SPD nur Juniorpartner sein. Mit 18 Prozent reicht es für sie nicht einmal zu einer „großen“ Koalition, denn groß sind jetzt die anderen.

Holger Wittig,
Greiz, per E-Mail

Hürde genommen

Die erste Hürde hat der weit hinter CDU und Linke von den Wählern platzierte Herr Matschie genommen: Althaus ist weg. Ich fordere den Rücktritt Matschies, damit die Koalitionsverhandlungen wenigstens einen demokratischen Anschein bekommen. Aber wie es auch kommt, Herr Erzikeit wird schon die passenden Worte dafür finden, ist er doch in alle Richtungen kampferprobt, und zwar seit vielen, vielen Jahren.

Barbara Kösling,
Kahla, per E-Mail

Freiheit

Wie traurig ist MdL Wetzel wirklich über den Rücktritt von Althaus? Weil seine CDU nun „sozialer“ werden muss, um mit der SPD eine Koalition einzugehen? Glaubt er wirklich, dass die SPD nur Steigbügelhalter sein will und ihr „S“ in SPD streicht und durch ein „C“ ersetzt und ihre sozialen Interessen aufgibt? Sollte sich die SPD zu einer Koalition erklären, dann ist diese SPD überflüssig und begehrt Wählerbetrug. Es ist eine Frechheit von Stephan Krawczyk, wenn er behauptet, dass die Wähler „immer dümmer und bequemer werden“, die eine Linkspartei wählen. Im Gegenteil, die Menschen haben gemerkt, dass die CDU eine einseitige nicht auf die Probleme der Menschen gerichtete Politik betreibt.

Klaus Dicke,
Neustadt/O., per E-Mail

Nichts begriffen

Die Landtagswahl-Ergebnisse liegen vor. Traurig für unsere Demokratie und die erworbene Freiheit ist, dass die Menschen nichts begriffen haben. Ich glaube, Dieter Althaus hätte ein besseres Ergebnis erzielen können, wenn die Menschen mit offenen Augen durch unser Thüringen gehen würden. Da ist Tolles geschaffen worden, auch in Gera. Das sind die Verdienste einer langjährigen stabilen CDU-Regierung mit Dieter Althaus.

Aber Rot-Dunkelrot tritt die Fortschritte in Thüringen und unsere wahre Demokratie mit Füßen. Ehemalige Stasi-Leute sitzen im Osten noch in manchen Ämtern. Wir in Thüringen unter Federführung der CDU haben bewiesen, dass wir eine solide Finanzierung unter Frau Diezel hinbekommen. Wir brauchen keinen alten Mief mehr und zwar auf der ganzen Welt. Und so sollte man endlich Rot-Dunkelrot das Handwerk legen.

Evelyn Perthes, Gera

Bauernopfer

Verantwortungsbewusste Haushaltspolitikern hatten aus Kostengründen für ein Zusammenlegen der Wahltermine für Land- und Bundestag auf den 27. September votiert. Auch die Opposition, für die diese Lösung wahrscheinlich gar nicht vorteilhaft gewesen wäre, unterstützte den Vorschlag. Die Wahlkampfstrategen der CDU beabsichtigten aber, im Vorfeld der Bundestagswahlen die Kunde

von einem einmütigen Bekenntnis der Thüringer Wähler zur führenden Partei nach Berlin zu tragen. Nun kam Hochmut einmal mehr vor dem Fall in Gestalt des Althaus-Rücktrittes, der sicher alles andere als die einsame Entscheidung eines einsamen Herrn ist. Ein Bauernopfer im System Althaus, ein Brautgeschenk für die CDU zu den kommenden Verhandlungen mit der SPD wurde dargebracht.

Dr. Wolfgang Künzel,
Bad Blankenburg, per E-Mail

Glaubt keiner

Zu „Althaus zieht sich zurück“ (OTZ 4.9.2009).

Ein Schauspiel der besonderen Art, die Regierungsbildung in Erfurt. Eigentlich sollte es Trauerspiel heißen. Da wird der Gewinner der Landtagswahl, Herr Althaus weggeputzt. Denn dass der Rücktritt freiwillig und ohne jeden Druck erfolgt ist, glaubt doch kein Mensch.

Da fühlt sich der Drittplatzierte als Gewinner und hinter den Kulissen wird um Ministeressel, um Posten und Pötschen gerangelte. Dass all dies zu noch mehr Politikverdrossenheit führt, weisen sie empört zurück. Nein, das geschehe alles zum Wohle Thüringens und seiner Menschen. Wirklich?

Aber seit Gemeinwohl durch „mein Wohl“ ersetzt wurde, sind sämtliche Werte und Begriffe ein wenig durcheinandergeraten.

Siegfried Härtl, Gera

Quittung erhalten

Jetzt beginnen die Verteilungskämpfe um die Sitze im Thüringer Landtag. Die SPD vergisst, dass Sie erneut die Quittung für die Agenda 2010 und die Hartz-IV-Gesetze erhalten hat. Der Begriff Sondierungsgespräche hat die beste Chance zum Unwort der Jahres 2009 zu werden. Nach meiner Ansicht dienen diese Gespräche nicht dazu, die bestmöglichen Lösungen für den Wähler zu suchen, sondern für sich persönlich nur die besten Posten zu ergattern.

Seit der Wende vor 20 Jahren wurden große Versprechen wie Senkung der Arbeitslosigkeit, Angleichung von Ost und West in den Lebensbedingungen gemacht. Alles nur heiße Luft! Dass unsere Politiker längst Anstand und Würde verloren haben, zeigt der Fall Dieter Althaus. Hätte er sofort nach dem Unfall die erforderliche Konsequenz mit seinem sofortigen Rücktritt gezogen, hätte seine CDU nicht so hohe Stimmenverluste hinnehmen müssen. Die Bürger der DDR haben sich gegen das kommunistische Regime aufgelehnt. Was eigentlich nicht nachvollziehbar ist – heute wird diese Partei bzw. die Nachfolger-Partei mit dem gleichen Gedankengut wiedergewählt. Lassen sich die Thüringer so vorführen? Ich hoffe nicht.

Uwe Vollmer,
Unterwellenborn, OT Könitz,
per E-Mail

Visionen verspielt

Tatsache ist, dass die Thüringer links gewählt haben und es Schwarz/Gelb nicht gelungen ist, die absolute Mehrheit, die die CDU allein bis dato innehatte, zu erringen. Insofern ist das Matschie-Theater langsam absurd. Die Linke als Steigbügelhalter für einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten in Thüringen geht selbst einem großen Teil der sozialdemokratischen Mitglieder der Basis zu weit. Aber vielleicht werden durch Herrn Matschie auch zukünftige SPD-Wahlerfolge wie in Sachsen angestrebt, bei denen dann von einer Volkspartei keine Rede mehr sein kann.

Martin Ott, Brahmenau

Anders verlaufen

Ich bin davon überzeugt, dass, wenn die Wiedervereinigung Deutschlands unter einem SPD-Kanzler (Schmidt, Schröder, Brandt) erfolgt wäre, der Ausverkauf der DDR anders verlaufen wäre als bei Helmut Kohl mit seiner Treuhänder. Die Bürgerrechtler von 1989 sollen sich bitte einmal dazu äußern.

Dieter Köcher, Ponitz

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Zuschriften sinntensprechend zu bearbeiten und auszugewisse abzu drucken. Leserbriefe stellen keine redaktionelle Meinungsäußerung dar. Leserbriefe per E-Mail an die Adresse leserbrief@otz.de

Bwin verliert eine wichtige Wette

Europäischer Gerichtshof billigt Verbot privater Internet-Anbieter

Von Detlef Fechtner

Brüssel. Die Freunde von Glücksspielen privater Wettanbieter im Internet werden es künftig in Europa wesentlich schwieriger haben, ihrem Hobby nachzugehen.

Denn der Europäische Gerichtshof hat es in seinem mit Spannung erwarteten ersten Urteil über Internet-Wetten den nationalen Regierungen erlaubt, private Angebote zu verbieten. Im konkreten Fall haben die Richter keine Einwände dagegen, dass in Portugal eine staatsnahe, gemeinnützige Lotterie ihr Monopol behalten darf und sie von der Konkurrenz privater Wettanbieter im Netz verschont bleibt.

Das ist eine schwere Schlappe für den Spieleveranstalter Bwin. Denn die Firma, bekannt von der Trikotwerbung in vie-



Werbung für Bwin an einem Fußballplatz. (Archivfoto: ddp)

len Stadien, offeriert bislang dem portugiesischen Publikum trotzdem Sportwetten. Dabei beruft sich die in Gibraltal residierende Firma unter anderem auf das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung von Geschäftstätigkeiten innerhalb der EU. Die Luxemburger Richter sehen das jedoch anders. Zwar werde die Dienstleistungsfreiheit durch nationale Monopole oder Verbote beschränkt. Aber die nationa-

len Regierungen hätten dafür ja durchaus gute Gründe, weil von Internet-Wetten ein höheres Betrugsrisiko ausgehe.

In Deutschland sind Internet-Wetten und Internet-Glücksspiele seit Anfang 2008 grundsätzlich verboten. Friedrich Stiecker, als Cheflobbyist der europäischen Staatslotterien erfreut über die Schlappe der privaten Konkurrenz vor Gericht, erkennt dennoch weitreichende Folgen für den deut-

schen Markt. Denn erst jetzt bestehe Rechtssicherheit und damit eine solide Basis für deutsche Behörden, gerichtliche gegen private Anbieter aus Malta, Gibraltar oder von den Cayman-Inseln vorzugehen. Bisher habe es die Neigung gegeben, zuerst einmal den Spruch aus Luxemburg abzuwarten.

Bwin sieht indes noch nicht die letzte Schlacht geschlagen. Derzeit sind noch 17 Fälle vor dem Europäischen Gerichtshof anhängig. Das aktuelle Urteil sei zwar bedeutend, aber bestimmte noch nicht über den Ausgang aller weiteren Verhandlungen, so die Hoffnung. Die Firma ärgert sich vor allem darüber, dass seriöse private Firmen mit dubiosen Anbietern in einen Topf geschmissen werden und die Branche deshalb als schwer kontrollierbar beurteilt werde.